



Pressemitteilung | 29. April 2008

Politische Unterstützung für einen Systemwechsel zu einem bedingungslosen Grundeinkommen steigt

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) begrüßt die erfreuliche Wende in der Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme *innerhalb* der Union. Mit den Beiträgen der Ministerpräsidenten Althaus und Koch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. April 2008 erhält die Debatte um die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und die Notwendigkeit eines Systemwechsels prominente politische Unterstützung. Die Ministerpräsidenten der Länder Hessen und Thüringen sehen die Unzulänglichkeit bisheriger Versuche, den Anstieg der öffentlichen Verschuldung in Deutschland zu stoppen. Statt vieler kleiner Reformschritte fordern sie Mut zu radikaleren Lösungen.

Der Hessische Ministerpräsident Roland Koch will einen Entschuldungsfonds einrichten. Alle Schulden von Bund und Ländern werden in einen gemeinsamen Fonds überführt. Nach einer Konsolidierungsphase soll spätestens ab 2015 die Neuaufnahme von Schulden verboten sein. Während Roland Koch auf eine Begrenzung der öffentlichen Verschuldung abzielt, geht der Thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus einen Schritt weiter. Mit seinem Konzept des Solidarischen Bürgergeldes will er den Sozialstaat auf ein neues Fundament stellen und seine Finanzierung nachhaltig gewährleisten. Jeder Erwachsene und jedes Kind bekommt das Existenzminimum durch ein bedingungsloses Grundeinkommen sichergestellt.

Das Solidarische Bürgergeld macht Mindestlöhne überflüssig. **Die Forderung nach existenzsichernden Einkommen bei Erwerbstätigkeit wird nicht durch Mindestlöhne sondern durch ein Mindesteinkommen erfüllt.** Das Solidarische Bürgergeld ersetzt die Mehrzahl der bisherigen steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen. Dadurch entfällt ein Großteil der Lohnnebenkosten. Dies stärkt die Leistungsanreize, da sich Arbeit wieder mehr lohnt. Zugleich werden Unternehmen entsprechend mehr Arbeitskräfte einstellen. Dass mit einem Solidarischen Bürgergeld massive positive Beschäftigungseffekte zu erwarten sind, hat bereits die im März 2007 veröffentlichte Studie des HWWI gezeigt. Danach ist allein im Niedriglohnbereich mit mehr als einer Million zusätzlicher Stellen zu rechnen.

Die Beiträge der Ministerpräsidenten Althaus und Koch führen in die richtige Richtung. Ihre Stossrichtung ist ökonomisch sinnvoll. Es gilt nun für Politik und Wissenschaft gleichermaßen, den eingeschurten Weg weiter zu verfolgen. Dazu gilt es, in einem ersten Schritt die Finanzierbarkeit alternativer Modelle zu prüfen und ihre politischen Realisierungschancen durch kluge Wahl der Eckwerte weiter zu vergrößern. Das HWWI hat sich entschlossen, ein Forschungsprojekt „Finanzierbarkeit eines Solidarischen Bürgergeldes“ in die Wege zu leiten.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Im Dialog

Es soll bis zum Herbst 2009 eine abschließende Würdigung zur Finanzierbarkeit eines Solidarischen Bürgergeldes auf der Grundlage einer vertieften wissenschaftlichen Analyse vornehmen. Das HWWI lädt explizit andere Wirtschaftsforschungsinstitute ein, auf der Grundlage gemeinsam erarbeiteter Modelle, Hypothesen und Annahmen an diesem Forschungsprojekt mitzuwirken.

Das HWWI ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die Grundlagen- und angewandte Forschung nutzt, um wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Beratungsdienstleistungen zu erbringen. Darüber hinaus engagiert sich das Institut in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre sowie in der weiterführenden Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Gesellschafter des 2005 gegründeten HWWI sind die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg.

Kontakt:

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI)

Pressestelle: Elzbieta Linke

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel: 040 34 05 76 - 115 | Fax: 040 34 05 76 - 776 | E-Mail: presse@hwwi.org

Pressemitteilung im Internet verfügbar unter: <http://www.hwwi.org>.